FDP im Rat der Stadt Bielefeld • Altes Rathaus
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen

Wehrhafte Demokratie stärken

Antrag der FDP-Fraktion zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 19.05.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,

zur o.g. Sitzung stelle ich für die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die Verwaltung und stadtnahen Gesellschaften auf, keine Organisation, die vom Bundes- und / oder Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet und / oder in deren Berichten kritisch erwähnt wird, zu unterstützen. Insbesondere ist alles im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu unternehmen, um solchen Organisationen keine Einrichtungen und Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen und für sonstige Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2021 steht im Kapitel Linksextremismus Unterkapitel „Autonome Linksextremisten“ (S. 172):

„Die Gründung von Gruppen auf regionaler Ebene – wie beispielsweise der Zusammenschluss Antifaschistischer Aufbau Köln/Brühl aus mehreren lokalen Einzelzusammenhängen – oder die Initiierung eines ‚Antifaschistischen Jugendcafés‘ in Bielefeld zeigen ebenfalls den Wunsch und den Bedarf der linksautonomen Szene nach stärkerer Bündelung und gesteigerter Präsenz in einem für das eigene Anliegen ansprechbaren Spektrum.“

Für dieses „Antifaschistische Jugendcafé“ der linksautonomen Szene stellt die Stadt Bielefeld regelmäßig Räumlichkeiten im „Grünen Würfel“ am Kesselbrink zur Verfügung. Im Kurzporträt heißt es über die Szene im Verfassungsschutzbericht:

„Die linksautonome Szene als bekannteste Subkultur im Linksextremismus definiert ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen eine gemeinsame Zielsetzung – abgesehen von der Eroberung sogenannter Freiräume – kaum festzustellen ist. Staatliche Strukturen, insbesondere Hierarchien und das staatliche Gewaltmonopol, werden zugunsten eines ‚selbstbestimmten Lebens‘ abgelehnt. Gleichzeitig wenden Autonome zur Durchsetzung ihrer Auffassungen zunehmend enthemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an und versuchen damit, diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.“

Ein solches Spektrum darf die Stadt Bielefeld in keiner Weise unterstützen – insbesondere nicht durch die Ermöglichung der Vernetzung mit Überlassung von städtischen Räumlichkeiten.

Zum erwähnten, vollständigen Verfassungsschutzbericht geht es hier:

https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/vs_bericht_nrw_2021.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Jasmin Wahl-Schwentker
Fraktionsvorsitzende

Für die Richtigkeit:

Nicolas J. Strahlke
Geschäftsführer
FDP-Ratsfraktion